

Studien zur Politik
Band 30
Herausgegeben im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung

von Hans-Joachim Veen
und Peter R. Weilemann
Bereich Forschung und Beratung

Rafael Biermann

Zwischen Kreml und Kanzleramt

Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang

Ferdinand Schöningh

Paderborn · München · Wien · Zürich

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Biermann, Rafael:

Zwischen Kreml und Kanzleramt: wie Moskau mit der deutschen Einheit rang / Rafael Biermann. – Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh, 1997

(Studien zur Politik; Bd. 30)

Zugl.: Kurzfassung von Bonn, Univ., Diss., 1995

ISBN 3-506-79350-0

Umschlaggestaltung: INNOVA GmbH, D-33178 Borcheln

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem und alterungsbeständigem Papier ☺ ISO 9706

© 1997 Ferdinand Schöningh, Paderborn

(Verlag Ferdinand Schöningh GmbH, Jühenplatz 1, D-33098 Paderborn)

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

Printed in Germany. Herstellung: Ferdinand Schöningh, Paderborn

ISBN 3-506-79350-0

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Vorwort	15
I. Einleitung	17
1. Gegenstand der Untersuchung	19
2. Bisheriger Forschungsstand	21
3. Quellenbasis	24
4. Leitfragen	32
5. Periodisierung und Gliederung	35
II. Die deutschlandpolitischen Entscheidungsstrukturen in Moskau	37
1. Der Generalsekretär der KPdSU und seine Berater	39
2. Das Politbüro	43
3. Das Außenministerium	48
4. Die Internationale Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU	57
5. Das Verteidigungsministerium und der KGB	62
6. Der Regierungschef und sein Stellvertreter	70
7. Der Volkskongreß, der Oberste Sowjet und sein Komitee für Internationale Angelegenheiten	72
8. Die wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen	74
9. Die Medien	79
10. Fazit: Sechs Entscheidungsebenen	83
III. Wandel der Rahmenbedingungen im Vorfeld der deutschen Einheit	85
1. Das ‚neue Denken‘ in Gorbatschows Außenpolitik	85
2. Das Konzept der ‚Freiheit der Wahl‘	87
3. Die Entstehung einer neuen Partnerschaft zwischen Moskau und Bonn	100
4. Die Entfremdung zwischen Moskau und Ostberlin	106
5. Neue Nachdenklichkeit in Moskau in bezug auf die deutsche Frage	112

IV. Der Besuch Gorbatschows in Bonn im Juni 1989	128
1. Bushs neue Osteuropa- und Deutschlandpolitik	128
2. Besuchsvorbereitung und -verlauf	131
3. Gorbatschows Ambivalenzen in der deutschen Frage	136
4. Die Reaktion Honeckers	141
V. Flucht und Mauerfall	148
1. Vorboten der Systemkrise. Sowjetische Innenpolitik im zweiten Halbjahr 1989	148
2. Erste Etappe: Die Fluchtbewegung bis zur ungarischen Grenzöffnung	155
2.1 Sowjetisches Bemühen um Nichteinmischung	164
2.2 Verhärtung der sowjetischen Position nach der Grenzöffnung ..	175
3. Zweite Etappe: Von der ungarischen Grenzöffnung bis zum Sturz Honeckers	180
3.1 Primat der Solidarität mit Honecker	187
3.2 Unterdrückte Spannungen	191
3.3 Schewardnadses Auftritt in New York	195
3.4 Reformaufrufe	198
3.5 „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Gorbatschow in Ostberlin	200
3.6 Gorbatschows Rolle beim Sturz Honeckers	210
4. Dritte Etappe: Vom Sturz Honeckers bis zum Mauerfall	212
4.1 Die Wende in der sowjetischen Kommentierung	218
4.2 Der Antrittsbesuch von Krenz in Moskau	220
4.3 Der Mauerfall. Eine harte Bewährungsprobe	227
5. Die westliche Politik bis zum Mauerfall	240
VI. Das Ja zur Wiedervereinigung, Moskauer Deutschlandpolitik vom Mauerfall bis zum Februar 1990	252
1. Die Rahmenbedingungen	252
1.1 Eskalation der Konflikte in der Sowjetunion. Risse im Konstrukt des Sowjetstaates	252
1.2 Der einsetzende Zerfall des Ostblocks	264
1.2.1 Rückwirkungen auf das östliche Bündnissystem	267
1.2.2 Gereizte Reaktionen in Moskau	273
1.2.3 Pluralisierung in der deutschen Frage	276
1.2.4 Deutschlandpolitische Konsequenzen	277
1.3 Die gescheiterte Perestrojka in der DDR	280
1.4 Der deutschlandpolitische Kurswechsel des Kanzlers	295
1.5 Deutschlandpolitische Konflikte im westlichen Bündnis	304

2. Der Einstellungswandel Moskaus in der deutschen Frage	320
2.1 Hoffnungen auf eine Perestrojka in der DDR	321
2.2 Verhärtung der sowjetischen Position nach dem 10-Punkte-Plan 2.2.1 Dissonanzen zwischen Gorbatschow und Modrow	334
2.2.2 Genscher in Moskau	340
2.3 Sowjetische Sondierungen im Westen	343
2.3.1 Gorbatschow in Italien	344
2.3.2 Der Gipfel von Gorbatschow und Bush vor Malta	345
2.3.3 Eine neue sowjetisch-französische Achse?	352
2.3.4 Kontakte nach London	357
2.3.5 Das Kontrollratstreffen in Berlin	358
2.4 Ambivalente Signale	362
2.4.1 Wachsende Besorgnisse angesichts des SED-Niedergangs 2.4.2 Schewardnadses Rede vor dem Europaparlament	363
2.4.3 Deutschlandpolitische Konflikte in der Moskauer Führung ..	370
2.4.4 Nochmalige Verhärtung der offiziellen Politik	374
2.4.5 Signale des Umdenkens	378
2.4.6 Konföderationspläne	381
2.5 Die deutschlandpolitische Wende Gorbatschows	384
2.5.1 Sondierungen zwischen Moskau und Ostberlin	384
2.5.2 Der Modrow-Besuch in Moskau	393
2.5.3 Der Gysi-Besuch in Moskau	400
2.5.4 Gorbatschows Kurswechsel	403
2.5.5 Der Durchbruch: Kohls Besuch in Moskau	408
2.5.6 Gorbatschows Motivation	416
VII. Die Verhandlungen um die „äußeren Aspekte“ der deutschen Einheit	420
1. Das Verhandlungsmandat von Ottawa	421
2. Die Rahmenbedingungen des 2+4-Prozesses aus Moskauer Sicht ..	433
2.1 Der innere Prozeß der deutschen Einigung	433
2.1.1 Die Volkskammerwahlen	433
2.1.2 Der Konflikt um Artikel 23 Grundgesetz	437
2.1.3 Von der Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Beitritt ..	441
2.2 Erosion des Warschauer Vertrages	447
2.3 Die innersowjetische Entwicklung bis zum 28. Parteitag	455
2.3.1 Verfassungspolitische Reformen	455
2.3.2 Offensive der Orthodoxen in Moskau	458
2.3.3 Kritik am Verlust Osteuropas	461
2.3.4 Deutschlandpolitische Schlußfolgerungen	467
3. Der 2+4-Prozeß im Überblick	469
3.1 Die Verhandlungsebenen	469
3.2 Die sowjetische 2+4-Delegation	470
3.3 Die interne sowjetische Entscheidungsfindung	476

4.	Die erste Phase des 2+4-Prozesses	480
4.1	Die Positionssuche im Westen	481
4.1.1	Erschütterungen im sicherheitspolitischen Meinungsklima der Bundesrepublik.....	483
4.1.2	Der Genscher-Plan	486
4.1.3	Resonanz in Bonn	490
4.1.4	Konsolidierung der westlichen Verhandlungsposition	495
4.1.5	Flankierende Maßnahmen für den 2+4-Prozeß	504
4.2	Die Positionssuche der neuen DDR-Regierung nach den Wahlen	511
4.3	Die Positionssuche der Sowjetunion	514
4.3.1	Signale der Orientierungslosigkeit	515
4.3.2	Antwortsuche auf die Fragen Schewardnadses von Brüssel	518
4.3.2.1	Nie wieder Krieg von deutschem Boden	518
4.3.2.2	Die Grenzfrage	520
4.3.2.3	Die deutsche Bündniszugehörigkeit	523
4.3.2.4	Die deutsche Streitkräftebegrenzung	533
4.3.2.5	Viermächterechte und ausländische Truppenpräsenz	537
4.3.2.6	Die Verwirklichung des Gemeinsamen Europäischen Hauses	548
4.3.2.7	Die Friedensvertragsforderung	550
4.3.3	Der erste sowjetische 2+4-Vorschlag	554
4.3.4	Signale der Flexibilität. Konflikte um die Bündnisfrage im Politbüro	555
5.	Die zweite Phase des 2+4-Prozesses	566
5.1	Das erste 2+4-Ministertreffen in Bonn am 5. Mai 1990	567
5.1.1	Der Verlauf des Treffens	567
5.1.2	Einigung über Zeitplan, Ortswahl und Tagesordnung der weiteren 2+4-Treffen	574
5.1.3	Schewardnadses Entkoppelungsvorschlag	577
5.1.4	Resonanz in Bonn und Washington	580
5.2	Auf dem Höhepunkt der Konfrontation	584
5.2.1	Die Orthodoxen in Moskau im Aufwind	585
5.2.2	Gorbatschows Wanken zwischen Unnachgiebigkeit und Kompromißbereitschaft	589
5.2.3	Schewardnadses Fingerzeige	591
5.2.4	Weichenstellungen in Bonn und Washington	596
5.3	Gorbatschow in Washington	598
5.3.1	Der Gipfelverlauf	599
5.3.2	Gespräche über die deutsche Frage	601
5.3.3	Die Wende in der Bündnisfrage?	606
5.3.4	Der Bericht vor dem Obersten Sowjet	611
5.4	Schlußfolgerungen	614
6.	Die dritte Phase des 2+4-Prozesses	615
6.1	Die Botschaft von Turnberry	616

6.2	Die Treffen von Schewardnadses und Genscher in Brest und Münster	618
6.3	Verhandlungen um die Bündnisannäherung	620
6.4	Das zweite 2+4-Ministertreffen in Ostberlin	625
6.5	Der Londoner NATO-Gipfel	633
6.6	Wirtschaftshilfe für Moskau	641
6.6.1	Verhandlungen über die Folgen der Währungsunion	641
6.6.2	Der deutsche Jumbo-Kredit	647
6.6.3	Der EG-Gipfel von Dublin	650
6.6.4	Der Weltwirtschaftsgipfel von Houston	652
6.7	Die Suche nach einer Obergrenze für die deutschen Streitkräfte	656
6.8	Der 28. Parteitag der KPdSU	665
6.9	Kohls Besuch in Moskau und im Kaukasus	676
6.9.1	Vorbereitungen in Moskau	678
6.9.2	Gorbatschows historische Wende	683
6.9.3	Das Rational Gorbatschows und Schewardnadses	694
6.9.4	Entrüstung in Moskau, Jubel in Bonn	700
7.	Die vierte Phase des 2+4-Prozesses	705
7.1	Das 2+4-Ministertreffen in Paris	705
7.2	Verkürzung des Zeithorizonts	708
7.3	Die dramatische Schlußrunde	711
7.3.1	Suspendierung der Viermächterechte	712
7.3.2	Der Generalvertrag	714
7.3.3	Der 2+4-Abschluß	721
7.3.4	Die Finanzverhandlungen	735
7.3.5	Das Vertragspaket	754
8.	Die Schlußphase des 2+4-Prozesses: Die Ratifikation der Verträge im Obersten Sowjet	757
VIII.	Fazit	768
1.	Die Entwicklung der sowjetischen Haltung zur deutschen Frage	768
2.	Die Entscheidungsstrukturen und -träger in Moskau	774
3.	Die Motive von Gorbatschows Einlenken in der deutschen Frage	779
4.	Das persönliche Verdienst von Gorbatschow und Schewardnadses	781
IX.	Auswahlbibliographie	784
1.	Unveröffentlichte Dokumente	784
2.	Publizierte Dokumente/Dokumentationen/Umfragen	784
3.	Veröffentlichungen von Zeitzeugen	786
3.1	Monographien	786
3.2	Aufsätze	787
4.	Wissenschaftliche Abhandlungen	788

4.1 Monographien	788
4.2 Aufsätze	792
X. Zeitzeugengespräche	797
1. Gesprächspartner auf sowjetischer Seite	797
2. Gesprächspartner auf deutscher Seite	798

Abkürzungsverzeichnis

1. Politische, wissenschaftliche und militärische Institutionen

AA	Auswärtiges Amt
AFNS	Amt für Nationale Sicherheit der DDR
BIOSt	Bundesinstitut für Internationale und Ostwissenschaftliche Studien
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BND	Bundesnachrichtendienst
BPA	Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung
BVG	Bundesverfassungsgericht
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
ČSFR	Tschechische und Slowakische Föderative Republik
ČSSR	Tschechische und Slowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union Deutschlands
DA	Demokratischer Aufbruch
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DSU	Deutsche Soziale Union
EG	Europäische Gemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, DDR
FDJ	Freie Deutsche Jugend, DDR
FDP	Freiheitlich-Demokratische Partei Deutschlands
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GOSPLAN	Sowjetische staatliche Planungsbehörde
IISS	International Institute for Strategic Studies
IMEMO	Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Moskau
ISKAN	USA- und Kanada-Institut, Moskau
IWF	Internationaler Währungsfonds
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KGB	Komitee für Staatssicherheit der UdSSR
KP	Kommunistische Partei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPL	Kommunistische Partei Litauens
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
LDPD	Liberaldemokratische Partei der DDR
MFAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR
MIS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
MID	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR
NATO	Nordatlantische Allianz
NPG	Nukleare Planungsgruppe der NATO
NSC	Nationaler Sicherheitsrat der USA
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (=Comecon)
RKP	Russische Kommunistische Partei
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SED	Sozialistische Einheitspartei der DDR
SED-PDS	SED - Partei des Demokratischen Sozialismus
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	Vereinte Nationen
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
WEU	Westeuropäische Union
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv der SED

2. Rüstung, Rüstungskontrolle, Entspannung

INF	nukleare Mittelstreckensysteme
KSE	Konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVAE	Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa
MBFR	wechselseitige ausgewogene Truppenreduzierung
NVA	Nationale Volksarmee
SALT	Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen
SDI	Strategische Verteidigungsinitiative
SNF	nukleare Kurzstreckensysteme
START	Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Waffen
VKSE	Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa
VSBM	Verhandlungen über Sicherheitsbildende Maßnahmen

3. Zeitschriften, Zeitungen, Nachrichtenagenturen

ADN	Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur
afp	Agence France Press
AP	Associated Press
ARD	Arbeitsgemeinschaft der Öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands, erstes deutsches Fernsehprogramm
BamS	Bild am Sonntag
BBC	British Broadcasting Company
BR	Bonner Rundschau
DA	Deutschland Archiv
dpa	Deutsche Presseagentur
dtp	Deutscher Depeschendienst
CBS	Columbia Broadcasting System
CNN	Cable Network News
DLF	Deutschlandfunk

EA	Europa-Archiv
FA	Foreign Affairs
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR	Frankfurter Rundschau
GA	General-Anzeiger, Bonn
HBL	Handelsblatt
IHT	International Herald Tribune
KStA	Kölner Stadtanzeiger
MTI	amtliche ungarische Nachrichtenagentur
ND	Neues Deutschland
NOZ	Neue Osnabrücker Zeitung
NYT	New York Times
NZZ	Neue Züricher Zeitung
OE	Osteuropa
OI	Ostinformationen, hg. vom Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung
PAP	amtliche polnische Nachrichtenagentur
RL	Radio Liberty
RM	Radio Moskau
rtr	reuters
StZ	Stuttgarter Zeitung
SZ	Süddeutsche Zeitung
SzS	Stichworte zur Sicherheitspolitik, hg. vom Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung
TASS	amtliche sowjetische Nachrichtenagentur
taz	tageszeitung
WamS	Welt am Sonntag
WDR	Westdeutscher Rundfunk
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZfG	Zeitschrift für Geschichte
ZSF	Zentrales Sowjetisches Fernsehen

„Wir haben das Wichtigste unterschätzt,
nämlich das ewige Streben des Menschen
nach Freiheit.“

(aus: Wassilij Grossmann, Leben und Schicksal, 1984)

Vorwort

Der durchsichtige Aktenkoffer war und ist die Sache der Kreml-Herren nicht. Undurchschaubare Entscheidungen, unerwartete Kehrtwenden und unentwerrbare Machtstrukturen prägen die Politik der Moskauer Führung seit Jahrzehnten. Auch die Strukturen und Entscheidungsabläufe, die in den Brennpunkten deutsch-sowjetischer Nachkriegsgeschichte die Kreml-Politik bedingten und formten, liegen bis heute vielfach im dunkeln. Zwar begann sich dies in den Jahren von ‚Glasnost‘ und ‚Perestrojka‘, den Leitmotiven der Reformpolitik Gorbatschows, allmählich zu ändern. Erste Ansätze von Gewaltenteilung und Parlamentarismus, demokratischer Legitimierung und Kontrolle der Macht sowie vor allem die Befreiung der Medien von jahrzehntelanger Bevormundung ermöglichten neue Einblicke in das Moskauer Machtgefüge. Doch wurden Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt auch in dieser Zeit immer wieder vom Sinneswandel Gorbatschows überrascht. Dies gilt gerade auch für die sowjetische Deutschlandpolitik in der Zeit der Wiedervereinigung.

Heute, im Rückblick, läßt sich die deutschlandpolitische Entscheidungsfindung in Moskau im Jahr der Einigung wesentlich genauer nachzeichnen: durch inzwischen veröffentlichte Dokumente, umfangreiche biographische Aufzeichnungen und durch Zeitzeugengespräche mit jenen Politikern, die eine gewichtige Stimme in der Moskauer Führung hatten. Viele von ihnen erzählen mit erstaunlicher Freimütigkeit über diese Krisenjahre der Sowjetunion, wobei der ‚Verlust‘ der DDR als Symbol und Katalysator des schmerzlichen Niedergangs im Gedächtnis haftet.

So war es dem Autor möglich, jene Kreml-Türen einen guten Spalt zu öffnen, hinter denen das Schicksal der Deutschen im Jahr der Einigung maßgeblich bestimmt wurde. Wer den Spuren der sowjetischen Politik in all ihren Facetten, in ihrem oft widersprüchlichen und vielstimmigen Auf und Ab dieser Jahre folgen will, wer die Geschichte der deutschen Einigung noch einmal aus der Perspektive des Gorbatschow-Apparates, des Zentralkomitees und des Außen- und Verteidigungsministeriums, auch des KGB, nachgehen will, wird neue Anregungen finden. Und wer zugleich die Moskauer Politik aus dem Blickwinkel der Gegenwart betrachtet, wird überraschende Parallelen – vor allem in Personalien, Denkweisen und Methoden der Entscheidungsfindung – zwischen dem damaligen und dem heutigen Moskau feststellen. Der Übergang von der Sowjetunion Gorbatschows zum Rußland Jelzins ist durch ein erstaunliches Maß an Kontinuität gekennzeichnet.

Das Buch enthält die gekürzte, aktualisierte Fassung einer Dissertation, die der Autor im Juli 1995 an der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn eingereicht hat. Sie beruht auf einer dreijährigen, sehr anregenden Forschungstätigkeit in Bonn, Berlin, Moskau, auch London und Paris. Ein solches Werk kann ohne geistige Anregung, organisatorische Hilfe und finanzielle Rückendeckung nicht gelingen – deshalb an dieser Stelle einige Worte des Dankes. Professor Karl Kaiser, mein Doktorvater, selbst intensiv mit der Materie vertraut, stand mit fachkundigem Rat zur Seite und begleitete das Projekt durch Gutachten und Kontaktvermittlung in allen Phasen der Entstehung. Professor Wolfgang Pfeiler hat als Zweitgutachter insbesondere vor dem Moskau-Aufenthalt im März/April 1994 wichtige Impulse gegeben und die Möglichkeit eröffnet, im Kreis namhafter Rußlandexperten die Ergeb-

nisse der Forschung im kritischen Diskurs zu überprüfen. Wertvolle Anregungen und Hinweise gaben Gerd-Rüdiger Stephan, mein ‚Verbindungsmann‘ in Berlin, und Dr. Peter Wagner, der selbst unter der Leitung von Professor Werner Weidenfeld in München an einem umfassenden Projekt zum 2+4-Prozeß arbeitet.

In Moskau gebührt der Dank an erster Stelle Professor Witalij Shurkin, Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften. Er hat Mitarbeiter, Ressourcen und Kontakte zur Verfügung gestellt, um die umfangreichen Recherchen in Moskau erfolgreich durchführen zu können. Auch die Hilfsbereitschaft der deutschen Botschaft in Moskau bleibt im Gedächtnis. Erfreulich viele deutsche und russische Zeitzeugen haben sich, zum Teil mehrfach, für ausführliche Gespräche zur Verfügung gestellt. Stellvertretend nenne ich Botschafter Dr. Uwe Kaestner vom Auswärtigen Amt und Professor Wjatscheslaw Daschtschew vom Institut für internationale wirtschaftliche und politische Studien in Moskau. Über den hohen Erkenntniswert für das Projekt hinaus gaben diese Gespräche Einblicke in die politische Entscheidungsfindung in Bonn und Moskau, die dem Autor bis heute zugute kommen.

Ein Forscher kann nicht besser sein als seine Quellen. Viele Materialien konnte der Autor schon in seiner Zeit als Mitarbeiter im Bundeskanzleramt 1990/91 sammeln. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, insbesondere das Pressearchiv und die Dokumentation unter Wolfgang Kossmann, hat in der Folgezeit monatelange Recherchen ermöglicht und immer wieder für Einzelanfragen zur Verfügung gestanden. Das gilt auch für das Archiv für die Parteien und Massenorganisationen der SED in Berlin und das Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung, insbesondere Erich Schwarz, Pressedokumentation. Die Stiftung hat durch finanzielle wie ideelle Förderung maßgeblichen Anteil am Zustandekommen dieser Arbeit. Sie hat nicht nur Stipendien für die Promotion und den Moskau-Aufenthalt bereitgestellt; sie hat auch die Veröffentlichung dieses Buches großzügig finanziert. Dr. Peter R. Weilemann und Dr. Stephan Eisel, mein ehemaliger Referatsleiter im Bundeskanzleramt und Spiritus rector, haben sachverständig, zielorientiert und einfühlsam geholfen, die Hürde der Publikation zu nehmen, ebenso Frau Elisabeth Enders als ständige Ansprechpartnerin und Korrektorin des Manuskripts in der Schlußphase. Mein Kollege im Bundesministerium der Verteidigung, Oberst i.G. Jens Zimmermann, schließlich hat durch seine gelungene Karikatur auf der Umschlagseite eine zentrale These des Buches treffend im Bild veranschaulicht. Sein Engagement steht beispielhaft für die inspirierende Begleitung der redaktionellen Phase des Buches durch meinen jetzigen Kollegenkreis. Dennoch bleibt allein der Autor für dieses Buch verantwortlich. Thesen und Wertungen sind seine eigenen.

Das Buch widme ich Regina, meiner Frau, die mich durch die Höhen und Tiefen dieser Arbeit getragen, stets kluge Anregungen gegeben und in der Endredaktion Stunden und Tage am Manuskript und vor dem Computer verbracht hat.

Bonn, im Frühjahr 1997

Rafael Biermann

I. Einleitung

„Sie werden mir wohl zustimmen, daß die Ereignisse in Osteuropa und die deutsche Frage für uns problematischer sind als für die USA. Ich gestehe Ihnen offen, daß enorme Anstrengungen und politische Durchsetzungskraft nötig waren, um buchstäblich über den eigenen Schatten zu springen, die alten, angeblich sakrosankten Methoden abzuschaffen und den veränderten Realitäten gemäß zu handeln.“¹

Michail Gorbatschow vertraute George Bush dieses Eingeständnis im August 1990 an – einen Monat, nachdem er Bundeskanzler Kohl die deutsche Einheit bei voller innen- und außenpolitischer Souveränität zugestanden hatte. In der Tat, die sowjetische Führung und auch Gorbatschow ganz persönlich hatten über ihren eigenen Schatten springen müssen, um diese revolutionäre Wende der sowjetischen Deutschlandpolitik vollziehen zu können. Alle Axiome sowjetischer Deutschlandpolitik seit 1945 hatten sie über Bord geworfen und einer Vereinigung Deutschlands nach jenen Plänen zugestimmt, wie sie der Westen seit Jahrzehnten verfochten hatte.

Für die Deutschen schloß die Wiedervereinigung das schwierige Kapitel von 45 Jahren Teilung ab.² Der Gedanke an den Mauerfall erfüllt die meisten Deutschen mit Freude. Sie blicken anerkennend auf die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl im Jahr der deutschen Einigung zurück, trotz aller Folgeprobleme. Die Jahre 1989 und 1990 gelten in Deutschland als Jahre der ‚Freiheitsrevolutionen‘ in Ostmitteleuropa. Ein Jahrhundert, so Timothy Garton Ash, wurde abgewählt.³ In den Augen der Deutschen war der Mauerfall Auftakt einer neuen Epoche europäischer Politik – einer Epoche, die das erfüllt, was die großen Europäer der frühen Nachkriegszeit von Konrad Adenauer über Winston Churchill bis Robert Schuman anstrebten: das freie, geeinte Europa vom Atlantik bis zum Ural.

In Rußland, vor allem in der politischen Elite, dominiert dagegen bis heute eine völlig andere Sicht der Jahre 1989 und 1990. Dies sind jene schmerzlichen Jahre, in denen die Sowjetunion ihre Verbündeten verlor, die NATO ihre Ausdehnung nach Osten begann und der Weltmachtstatus der Sowjetunion zerbröckelte. Es sind zugleich jene Jahre, in denen sich der innere Zerfall der Sowjetunion unaufhaltsam anbahnte. All diese Entwicklungen sind mit dem Namen Gorbatschow verknüpft. Sein Prestige, das er im Westen genießt, hatte er unter den Bürgern der Sowjetunion bereits 1990 weitgehend eingebüßt.

¹ Zitiert bei Tschernjajew, S. 305.

² Der Begriff ‚Wiedervereinigung‘ wird nachfolgend neben den Begriffen ‚deutsche Vereinigung‘ oder ‚deutsche Einigung‘ benutzt. Auch wenn der Begriff 1989/90 zu Recht gemieden wurde, da er eine Vereinigung auch mit den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches nahelegte, wird er heute wieder vielfach öffentlich verwendet. Nach der endgültigen Anerkennung der polnischen Westgrenze ist eine Vermeidung des Begriffs ‚Wiedervereinigung‘ nicht mehr erforderlich.

³ Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt, 1990.

Nur wenige politische Beobachter in Moskau wissen heute im Rückblick Gorbatschows Amtsjahre differenziert zu beurteilen. Sie verweisen auf seine außenpolitischen Erfolge, etwa das Konzept des ‚Gemeinsamen Europäischen Hauses‘, oder den Beginn der Demokratisierung in der Sowjetunion. Zumeist steht Gorbatschows Politik jedoch für sechs Jahre enttäuschter Hoffnung. Dies wäre nicht so schlimm, wenn wenigstens dem neuen Rußland unter Jelzin ein wirklicher Neuanfang gelungen wäre. Korruption und Vetternwirtschaft, Verarmung der Massen und Prunk der neuen Reichen, halbherzige Reformen und kulturelle Überfremdung führen jedoch zu Orientierungs- und Perspektivlosigkeit weiter Bevölkerungsschichten. So wenden sich viele Russen resigniert der Vergangenheit zu, um auf der Suche nach der russischen Identität Anhaltspunkte für die Gestaltung der Zukunft zu finden. Noch einmal wird die Vergangenheit hinterfragt: War denn wirklich alles so schlecht – etwa das planwirtschaftliche System, das zumindest ein Minimum an sozialer Sicherheit bot? Wo liegen die Fehler der früheren Regierungen, die zur heutigen Malaise führten – hätte Jelzin die Sowjetunion doch nicht auflösen sollen?

Diese nochmalige Befragung der wechselvollen Geschichte der Sowjetunion kann die sowjetische Deutschlandpolitik seit 1945 nicht auslassen. Mit der deutschen Frage ist das Schicksal Ostmitteleuropas und damit des sowjetischen Weltmachtstatus engstens verknüpft. Unter diesen Umständen ist es kaum verwunderlich, daß in Moskau jene Stimmen, die Gorbatschows Deutschlandpolitik von Anfang an ablehnend gegenüberstanden, neues Gewicht erhalten. Die deutsche Einigung symbolisiert für national denkende, prestigebewußte Russen rückblickend die Niederlage im Kalten Krieg. Seitdem rückt die NATO – für viele noch immer Inbegriff der Bedrohung – unaufhaltsam in den Glacisgürtel früherer sowjetischer Satellitenstaaten in Ostmitteleuropa⁴ vor. 40 Jahre Aufbauarbeit in der DDR wurden innerhalb weniger Monate zunichte gemacht. Die Auflösung der DDR ging den meisten Russen viel zu schnell. Diese Erfahrung ist genauso wenig aufgearbeitet wie die Auflösung der Sowjetunion und das Scheitern des Kommunismus. In Moskau sehen viele die deutsche Einigung als Ausgangspunkt von Jahren nationaler Erniedrigung, während in Deutschland die Wiedervereinigung als größter diplomatischer Erfolg der deutschen Nachkriegspolitik gewürdigt wird. Der Kontrast in der Geschichtspertzption könnte kaum größer sein.

Dies gilt weniger für das russische Volk im allgemeinen, das schon 1990 viel dringlichere Probleme als die deutsche Einigung sah. Die Ressentiments gegenüber der deutschen Einigung finden sich vor allem bei jenen Politikern und Wissenschaftlern, die 1989/90 im damaligen sowjetischen Außenministerium,

⁴ Als Ostmitteleuropa soll nachfolgend jener Teil des ehemaligen Ostblocks bezeichnet werden, der von der ehemaligen DDR bis zu den GUS-Staaten reicht, einschließlich des Baltikums; ausgenommen sind die Balkan-Staaten, die nachfolgend unter dem Terminus ‚Südostruropa‘ firmieren. Vermieden werden die heute vielfach benutzten Begriffe ‚Mitteleuropa‘ und ‚Osteuropa‘. Deren Verwendung ist häufig unpräzise, da die Trennlinien zwischen den einzelnen Regionen Europas unterschiedlich gezogen werden. Insbesondere umfaßt ‚Mitteleuropa‘ nach Ansicht des Autors einen Kulturraum, der auch Staaten wie die Bundesrepublik oder Österreich einschließt. Er ist in dieser Untersuchung kaum verwendbar, weil er die politische Trennlinie, die 1989/90 in Europa noch existierte, ungenügend berücksichtigt.

in der Internationalen Abteilung des ZK und auch in den politiknahen Forschungsinstituten arbeiteten und im zweiten oder dritten Glied für die Deutschlandpolitik jener Jahre in Moskau verantwortlich waren. Diese Kritiker berichteten mit erstaunlicher Offenheit über ihre damalige Kritik am Kurs Gorbatschows. Sie schrieben 1989/90 Analysen und Handlungsempfehlungen, die weit von dem entfernt waren, was Gorbatschow entschied. Nur wenige der ehemaligen Mitarbeiter Gorbatschows und Schewardnadses stellen sich bis heute uneingeschränkt hinter die Deutschlandpolitik ihrer damaligen Chefs.

Vor allem drei Punkte werden rückblickend kritisiert: Das Zugeständnis der NATO-Mitgliedschaft für das DDR-Territorium habe dem westlichen Bündnis die ‚Expansion‘ nach Osten ermöglicht und damit die Sicherheitslage Rußlands geschwächt. Gorbatschow habe viel zu schnell in den Verhandlungen mit den Deutschen nachgegeben; er hätte wesentlich mehr Zugeständnisse von ihnen – gerade auch finanziell – erwirken sollen. Und er habe den ehemaligen Verbündeten, die SED und ihre Nachfolgepartei PDS, im Stich gelassen und die politische und gerichtliche Verfolgung ihrer Mitglieder nicht verhindert. Solche Vorwürfe finden sich selbst im liberalen, westlich orientierten Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften in Moskau. Sie haben ihre Wurzel in der Art und Weise, wie Gorbatschow und Schewardnadse 1989/90 ihre Deutschlandpolitik betrieben. Die Einhelligkeit in den strategischen Zielen der Deutschlandpolitik, wie sie in der Bundesregierung trotz aller Differenzen in Einzelfragen vorherrschte, war in Moskau im Jahr der deutschen Einigung nie gegeben. Im Kreml bestanden grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten darüber, welchen Zielen die sowjetische Deutschlandpolitik folgen sollte. Dabei gab es eine Fülle verschiedener Ansätze, die eine interne Verständigung in Moskau unmöglich machten. Dies führte dazu, daß Gorbatschow und Schewardnadse ihre Deutschlandpolitik immer mehr im Alleingang durchsetzten. Sie hofften, ihr Handeln würde ein allgemeines deutschlandpolitisches Umdenken in der sowjetischen Elite auslösen und so ihre Entscheidungen nachträglich bestätigen. Dies erwies sich jedoch weitgehend als Trugschluß, der die deutsch-russischen Beziehungen bis heute belastet.

1. Gegenstand der Untersuchung

Seit dem Zweiten Weltkrieg war sich die Bundesregierung bewußt, daß die staatliche Zukunft Deutschlands entscheidend von der Haltung Moskaus zur deutschen Frage abhing. Ohne die Zustimmung der Sowjetunion waren wesentliche Fortschritte in Richtung auf das Ziel der Wiedervereinigung nicht zu erreichen. An ihr scheiterten bis 1989 alle Bemühungen, ein freiheitliches, demokratisches Gesamtdeutschland wiederherzustellen. Die Sowjetunion konnte sich auf ihre Vorbehaltsrechte als eine der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und auf ihre faktische Herrschaftsausübung im östlichen Teil Deutschlands seit 1945 stützen. Hatte sie noch bis Mitte der 50er Jahre eine Revision der deutschen Teilung im Sinne einer Neutralisierung bzw. Sowjetisierung Deutschlands angestrebt, so arbeitete sie seitdem an einer Zementierung der deutschen Teilung. Die DDR, als eigenständiger Gegenentwurf zur Bundesrepublik auf-

gebaut, hatte in den 70er Jahren international Anerkennung errungen und konnte seit dem Abschluß der deutschen Ostverträge in gesicherten Grenzen leben. Die deutsche Teilung schien Mitte der 80er Jahre nicht mehr revidierbar.

Allerdings war die deutsche wie die europäische Teilung ein Produkt des Kalten Krieges. Sie war Folge der ideologischen und machtpolitischen Konfrontation, die sich seit der Russischen Revolution zwischen der sozialistisch-autoritären und der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung anbahnte und nach dem Zweiten Weltkrieg eskalierte. Mit dem Ausbruch des Konflikts um Einflußsphären, vor allem durch Stalins Expansionsbestreben genährt, geriet auch Deutschland in den Strudel dieser Konfrontation. Unter diesen Umständen war ein Konsens über die Zukunft Deutschlands zwischen den vier Siegermächten nicht mehr herstellbar. Alle Deutschlandkonferenzen der Nachkriegszeit scheiterten, weil die politischen Rahmenbedingungen eine Lösung der deutschen Frage nicht zuließen.

Ende der 80er Jahre änderte sich diese Grundkonstellation nachhaltig. Voraussetzung dafür war der Regierungsantritt Gorbatschows im März 1985, mit dem die sowjetische Politik aus ihrer jahrzehntelangen Erstarrung herausfand. Die notwendigen inneren Reformen brauchten eine außenpolitische flankierung, so daß schon in der zweiten Amtszeit Ronald Reagans ein Entspannungsdialo g von bisher ungekannten Ausmaßen zwischen den USA und der Sowjetunion einsetzte. Dieser vollzog sich noch bis 1989 im Rahmen der traditionellen außenpolitischen Koordinaten der Sowjetunion. Es ging um Entspannung auf der Basis des Status quo in Europa, speziell in Deutschland.

Erst 1989 verließ die sowjetische Europapolitik diese Status-quo-Orientierung, und zwar nicht aus Einsicht in die unabdingbare Notwendigkeit einer neuen Politik, sondern als Reaktion auf die Freiheitsrevolutionen in Ostmitteleuropa. Die unterdrückten Völker im Osten Europas selbst zerstörten die Nachkriegsordnung in Europa, mit der sich auch die westlichen Siegermächte inzwischen weitgehend abgefunden hatten. Das Korsett, in das die deutsche Frage eingezwängt war, zerbarst. Die Welle der Emanzipation von der kommunistischen Herrschaft griff auf die DDR über. Zunächst ging es um eine Reformierung der DDR, dann wurde die deutsche Frage selbst aufgeworfen. Sie stellte sich unter völlig veränderten Rahmenbedingungen neu.

Vor diesem Hintergrund ist die Deutschlandpolitik der Sowjetunion in der Zeit der deutschen Einigung zu sehen. Das Buch analysiert die sowjetische Deutschlandpolitik 1989/90 in ihrer historischen Abfolge. Es versucht, nicht nur die diplomatischen Bemühungen der Sowjetunion zur Regelung der deutschen Frage in der Zeit der Wiedervereinigung aufzuzeigen, sondern auch die interne Entscheidungsfindung in Moskau zu erhellen. Der zeitliche Rahmen umfaßt fast zweieinhalb Jahre. Eckdaten bilden einerseits die beiden Treffen von Kohl und Gorbatschow im November 1988 bzw. im Juni 1989, andererseits die Ratifizierung des 2+4-Vertrages und der vier zusätzlichen deutsch-sowjetischen Verträge im Obersten Sowjet im März/April 1991. Mit den Treffen von Kohl und Gorbatschow 1988/1989, die konzeptionell als Einheit verstanden wurden, begann nach drei Jahren der Funkstille zwischen Kohl und Gorbatschow die persönliche Annäherung beider Politiker vor der Wiedervereinigung.

Mit der Ratifizierung der deutsch-sowjetischen Verträge im März/April 1991 endeten 45 Jahre deutsch-sowjetischer Beziehungen unter dem Vorzeichen der deutschen Teilung. Nun konnten beide Staaten ein neues Kapitel ihrer Geschichte aufschlagen.

2. Bisheriger Forschungsstand

Die vorliegende Arbeit stellt die erste umfassende wissenschaftliche Untersuchung zur sowjetischen Deutschlandpolitik 1989/90 dar. Zwar sind zu diesem Thema schon zahlreiche Monographien, Zeitschriftenartikel und Beiträge in Sammelbänden erschienen, doch fehlt bisher eine ausführliche wissenschaftliche Darstellung der sowjetischen Mitwirkung am deutschen Einigungsprozeß.⁵

Die fundiertesten wissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema sind bisher von Hannes Adomeit, Jeffrey Gedmin, Sergej Karaganow, Fred Oldenburg, Wolfgang Pfeiler und Gerhard Wettig publiziert worden. Fast alle sind historisch-genetisch aufgebaut und versuchen, die Entwicklung der sowjetischen Position im Einigungsprozeß nachzuzeichnen. *Hannes Adomeit* orientiert sich an einem Analyseraster, dem auch diese Untersuchung folgt:⁶ Zum einen betrachtet er den innersowjetischen Wandel in der Zeit der Wiedervereinigung; zum zweiten die Neukonzeption der sowjetischen Politik gegenüber Ostmitteleuropa; zum dritten den internen Wandel in der DDR und zum vierten die sowjetische Politik gegenüber dem Westen insgesamt. Erst der Wandel auf jeder dieser vier Ebenen, so weiß Adomeit nachzuweisen, kann die deutschlandpolitische Wende Gorbatschows 1990 erklären.

Sergej Karaganow, inzwischen im Präsidialrat Jelzins, zeichnet den internen sowjetischen Entscheidungsprozeß zur Wiedervereinigung nach. Er unterscheidet vier deutschlandpolitische Schulen:⁷

- die offenen Befürworter einer Wiedervereinigung,
- die Befürworter von Verhandlungen mit Deutschland mit dem Ziel maximalen finanziellen Gewinns,
- die Befürworter von Verhandlungen mit dem Ziel der Einflußnahme auf die Modalitäten der Wiedervereinigung und
- die entschiedenen Gegner der Wiedervereinigung, die gar nicht mit Deutschland verhandeln wollten.

Karaganow berichtet, 1989/90 seien in Moskau nur die letzten beiden Positionen von Bedeutung gewesen. Dieser ernüchternde Hinweis gewinnt an Bedeutung, wenn man sich Karaganows berufliche Funktion in dieser Zeit vergegenwärtigt: Er stand als Stellvertretender Direktor am Europa-Institut der sowjetischen Akademie der Wissenschaften in ständigem Kontakt zur Führung

⁵ Die Arbeit von Nikolaj Pawlow, Berater der russischen Duma, kann diesem Anspruch nicht gerecht werden; vgl. Pawlow: Die deutsche Vereinigung aus sowjet-russischer Perspektive, 1996.

⁶ Vgl. Adomeit: Gorbachev and German Unification, in: Problems of Communism, 1990.

⁷ Vgl. Karaganov: Implications of German Unification, in: Stares (Hg.), 1992.

des Landes und konnte von daher die deutschlandpolitische Diskussion der politischen Elite aus der Nähe verfolgen.

Wolfgang Pfeiler legt wie Adomeit großen Wert auf den Wandel der sowjetischen Europakonzeption und die veränderten Rahmenbedingungen in Europa vor Beginn des Einigungsprozesses.⁸ Er beschreibt den Weg Gorbatschows von der „Teilungsoption“ – der Zwei-Staaten-Theorie – zur „Einheitsoption“. Dies sei nicht „Ergebnis konzeptionellen Umdenkens“ gewesen, sondern eine Reaktion auf die sich überstürzenden Ereignisse in Deutschland im Rahmen des ‚neuen politischen Denkens‘. Diese These wird inzwischen von den meisten Untersuchungen gestützt.

Gerhard Wettig und Fred Oldenburg haben wesentliche Wertungen der sowjetischen Deutschlandpolitik 1989/90 vorgenommen, die heute in der Wissenschaft weithin anerkannt sind. Für Wettig hat Gorbatschow nicht zielstrebig die Wiedervereinigung angestrebt, sondern sie notgedrungen hingenommen, da ihm keine andere – zumindest keine gewaltlose – Alternative blieb.⁹ Gorbatschow hinkte permanent der deutschen Entwicklung hinterher. Gleichwohl hat er sie mit seiner diffusen Konzeption des ‚Gemeinsamen Europäischen Hauses‘ und der ‚Freiheit der Wahl‘ ungewollt angestoßen. Oldenburgs Arbeiten erfassen auch die Zeit des 2+4-Prozesses¹⁰, also der Verhandlungen zwischen den vier Siegermächten und den beiden deutschen Staaten um die äußeren Aspekte der deutschen Einigung.¹¹ Er gilt als Spezialist insbesondere zur Spätphase des Verhältnisses zwischen der DDR und der UdSSR und hat in dieser Funktion vor der Enquetekommission des Deutschen Bundestages ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘ referiert.

Diese Abhandlungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik 1989/90 werden durch umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten über die inneren und äußeren Aspekte der deutschen Einigung im allgemeinen ergänzt: von Michael Beschloss/Strobe Talbott, Heinrich Bortfeldt, Karl Kaiser, Don Oberdorfer, Elizabeth Pond, Stephen Szabo und Philip Zelikow/Condoleezza Rice. Sie sind fast alle historisch-genetisch aufgebaut. Fast alle stammen aus amerikanischer Feder, sind deshalb auch oft aus amerikanischer Perspektive geschrieben und stützen sich auf Washingtoner Quellen.

⁸ Vgl. Pfeiler: Die Viermächte-Option, 1991.

⁹ Vgl. Wettig: The Soviet Union and German Unification, 1990.

¹⁰ Nachfolgend wird der Terminus ‚2+4-Prozeß‘ dem Terminus ‚2+4-Verhandlungen‘ übergeordnet. Der 2+4-Prozeß umfaßte neben den Verhandlungen der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten um die äußeren Aspekte der deutschen Einigung im Jahr 1990 auch eine Vielzahl bi- und trilateraler Treffen, die erst in ihrer Gesamtheit das Ergebnis herbeiführten, das im Herbst 1990 im 2+4-Vertrag und in den vier zusätzlichen deutsch-sowjetischen Verträgen fixiert wurde. Von ‚2+4-Verhandlungen‘ wird nachfolgend nur dann gesprochen, wenn tatsächlich lediglich auf dieses Forum der sechs Staaten Bezug genommen wird.

¹¹ Vgl. u.a. Oldenburg: Die Deutschlandpolitik Gorbatschows 1985-1991, 1992; ders.: Die Implosion des SED-Regimes, 1991; ders.: Moskau und die Wiedervereinigung Deutschlands, 1991; ders.: Das Dreieck Moskau – Ost-Berlin – Bonn 1975-1989, 1994; ders.: Sowjetische Europa-Politik und die Lösung der deutschen Frage, in: OE, 1991.

Michael Beschloss und Strobe Talbott behandeln die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von 1988 bis 1991.¹² Beschloss war 1989/90 CNN-Reporter, Talbott Kolumnist der ‚Time‘. Unter Präsident Clinton wurde er Rußland-Berater des Präsidenten und Staatssekretär im State Department. Beschloss und Talbott hatten die Möglichkeit, hohe Führungspersonlichkeiten in Washington und Moskau zu interviewen. Sie erfuhren dabei auch wertvolle Details zur sowjetischen Deutschlandpolitik 1989/90, die jedoch nicht mit Quellen belegt werden. Ihre Hinweise werden deshalb nur verwendet, soweit sie eindeutig zu verifizieren sind. Hierfür ist insbesondere das Buch von Don Oberdorfer dienlich, das die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen von 1983 bis 1990 behandelt.¹³ Oberdorfer, Reporter der ‚Washington Post‘, hat ebenfalls umfangreiche Recherchen in Moskau und Washington betrieben und beeindruckt durch eine Fülle von Hintergrundinformationen, insbesondere über die amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen im Untersuchungszeitraum.

Besondere Bedeutung kommt dem Buch von Elizabeth Pond zu, das schwerpunktmäßig die außenpolitische Einbettung der Wiedervereinigung zum Thema hat.¹⁴ Es basiert auf einer Fülle von Zeitzeugengesprächen in den USA und Deutschland. Vor allem für die Zeit bis zum Beginn der 2+4-Verhandlungen bietet das Buch wertvolle Erkenntnisse. Es wird ergänzt durch ein Buch von Stephen Szabo, das sich vorwiegend mit dem 2+4-Prozeß in der Zeit von Februar bis Juli 1990 beschäftigt.¹⁵ Szabo hat als einziger westlicher Wissenschaftler bisher umfangreiche Gespräche mit Zeitzeugen in Moskau zum 2+4-Prozeß geführt, vor allem mit den engsten Mitarbeitern Schewardnadses.

Höhepunkt der bisherigen Publikationen ist allerdings zweifelsohne die Darstellung von Philip Zelikow und Condoleezza Rice, die beide unter George Bush 1989/90 im Nationalen Sicherheitsrat (NSC) maßgeblich die Deutschlandpolitik mitformulierten. Auf der Basis des gesamten, bisher nur für sie zugänglichen amerikanischen Quellenmaterials haben sie eine detaillierte, kenntnisreiche Analyse des 2+4-Prozesses vorgelegt, die eine Fülle bisher unbekannter Informationen enthält. Ihre genauen Quellenangaben ermöglichen ein späteres Nachprüfen. Beide haben zwar auch die sowjetische Seite mit einbezogen, doch bleibt dies vielfach fragmentarisch.

Schaut man sich diese Forschungsergebnisse insgesamt an, so fallen verschiedene Aspekte auf, die eine eingehendere Untersuchung erfordern:

1. Bis heute fehlen umfassende Länderstudien, die den deutschen Einigungsprozeß aus der Warte einzelner Länder analysieren. Nur die amerikanische Warte ist bisher zufriedenstellend abgedeckt. Neben der sowjetischen Haltung zur Wiedervereinigung 1989/90 ist auch die britische und die französische noch wenig erforscht.

2. Die meisten Untersuchungen werten weder die Dokumente des SED-Parteiarchivs in Berlin noch die Memoirenliteratur aus, die seit der Wiedervereinigung

¹² Beschloss/Talbott: At The Highest Levels, 1993.

¹³ Vgl. Oberdorfer: The Turn, 1991.

¹⁴ Vgl. Pond: Beyond the Wall, 1993.

¹⁵ Vgl. Szabo: The Diplomacy of German Unification, 1992.

gung in großer Zahl erschienen ist. Beide Quellen bieten wesentliche neue Einblicke in die sowjetische Deutschlandpolitik 1989/90.

3. Bestimmte Phasen der sowjetischen Deutschlandpolitik 1989/90 sind noch kaum untersucht. Dazu zählt sowohl die Zeit der Flucht der DDR-Bürger im Herbst 1989 als auch die Verhandlungsphase nach dem Gipfel zwischen Kohl und Gorbatschow im Juli 1990 bis hin zur Ratifikation der Verträge im Obersten Sowjet.

4. Bisher ließ sich der Meinungswandel der sowjetischen Führung im deutschen Einigungsprozeß nur sehr lückenhaft nachzeichnen. Man registrierte insbesondere die beiden entscheidenden Wendemarken der sowjetischen Deutschlandpolitik im Februar und im Juli 1990, doch konnte die interne Entscheidungsfindung in Moskau im Vorfeld dieser beiden Ereignisse kaum nachvollzogen werden. Auch über die Beteiligung oder zumindest Mitwisserschaft Moskaus bei der ungarischen Grenzöffnung, beim Rücktritt Honeckers und beim Mauerfall herrscht noch Unklarheit.

5. Es fehlen Untersuchungen, welche die divergierenden Ansichten innerhalb der sowjetischen Führung zur deutschen Frage 1989/90 beleuchten. Unklar ist, welche deutschlandpolitischen Schulen in Moskau existierten, welchen Einfluß sie auf den Entscheidungsprozeß gewannen und wer letztlich für die Entscheidungen verantwortlich war.

6. Schließlich fehlt eine gründliche Analyse, die den Versuch unternimmt, die Entscheidungsstrukturen in Moskau einzubeziehen, innerhalb derer die sowjetische Deutschlandpolitik 1989/90 formuliert wurde. Da Gorbatschow seit 1989 permanent das politische System reformierte, befanden sich diese Strukturen ständig im Fluß. Das betrifft die Bedeutung sowohl der Personen als auch der Institutionen im sowjetischen Entscheidungsprozeß. Ohne einen Blick auf diese Entscheidungsstrukturen wird Gorbatschows Handeln kaum verständlich.

3. Quellenbasis

Timothy Garton Ash schreibt resignativ über die Quellenlage zur sowjetischen Deutschlandpolitik: „Bei dem Versuch, die Entwicklung der sowjetischen Position zu analysieren, sehen wir uns den üblichen Problemen gegenüber: unvollständig zur Verfügung stehendes Quellenmaterial und rückblickende Rationalisierung.“¹⁶ Auch heute sind sowohl die relevanten sowjetischen Akten aus der Zeit der Wiedervereinigung als auch die Akten des Auswärtigen Amtes, des Bundeskanzleramtes und der ehemaligen DDR-Regierung aufgrund der 30-jährigen Sperrfrist noch nicht einsehbar.¹⁷ Die Archivsituation in Moskau ist noch so unzufriedenstellend, daß längere Aufenthalte im Archiv des ehemaligen sowjetischen Außenministeriums oder des Zentralkomitees der KPdSU

¹⁶ Ash: Im Namen Europas, S. 511.

¹⁷ Der Autor hat während seines Aufenthalts in Moskau im April 1994 den engsten Vertrauten Gorbatschows, Anatolij Tschernjajew, um Einsichtnahme in die zahlreichen, in der Gorbatschow-Stiftung lagernden Gesprächsprotokolle und Briefe von 1989/90 gebeten. Dies wurde abschlägig beschieden. Der Autor hat jedoch in der Gorbatschow-Stiftung eine Liste jener Gesprächsprotokolle, die zur deutschen Frage von Relevanz sind, erstellt. Was die Akten des

wenig erfolgversprechend sind. Die meisten Archivalien sind dort noch nicht erschlossen, katalogisiert und deklassifiziert. Zudem gibt es extreme bürokratische Hürden, und die Geheimhaltungsvorschriften wurden verschärft. Von effektiver Arbeit, so berichten deutsche Forscher nach einjährigen Archivaufenthalten in Moskau, könne „keine Rede sein“.¹⁸

Dennoch ist das Urteil von Ash zu pessimistisch, soweit es sich auf die Jahre 1989/90 bezieht. Es unterschätzt die Möglichkeiten, die einem Forscher heute zur Verfügung stehen, der sich der sowjetischen Deutschlandpolitik von 1989/90 nähert. Gorbatschows Glasnost hatte in diesen Jahren schon derart die sowjetische Gesellschaft, ihre Medien und ihre politische Klasse durchdrungen, daß die Kreml-Politik eine gewisse Transparenz besaß. Es gab reformorientierte und konservative¹⁹ Medien, die aus ihrer jeweiligen Sicht berichteten und kommentierten. Es gab erste Hintergrundberichte und Interviews mit vielen Entscheidungsträgern, die – wenn auch vielfach noch verkläusuliert – Konformität oder auch Abgrenzung von der offiziellen Deutschlandpolitik kundtaten. Es gab eine Fülle von Reden und amtlichen Verlautbarungen der politischen Führung, die ihrer Bevölkerung die neue deutschlandpolitische Linie erläutern mußte. Und es gab Pressekonferenzen, wo sich Gorbatschow und Schewardnasse den kritischen Fragen vor allem westlicher Journalisten stellen mußten. Allein eine genaue Analyse der öffentlich zugänglichen Quellen aus der Zeit der Wiedervereinigung kann die sowjetische Einstellung zur deutschen Frage 1989/90 beträchtlich erhellen.²⁰

Inzwischen hat sich diese Quellenbasis noch erheblich erweitert. Heute kann der Forscher auf eine Fülle zusätzlicher Quellen zurückgreifen, die nach Ab-

Auswärtigen Amtes betrifft, so hat Staatssekretär Dieter Kastrup, Leiter der bundesdeutschen 2+4-Delegation, dem Autor mitgeteilt, daß die Akten seines Amtes ebenfalls nicht zugänglich sind; Dieter Kastrup im Gespräch am 19.1.1994. Joachim Bitterlich, Leiter der Außenpolitischen Abteilung des Bundeskanzleramtes, teilte auf eine briefliche Anfrage mit, die Akten des Kabinettsausschusses ‚Deutsche Einheit‘, insbesondere der Arbeitsgruppe zur Außen- und Sicherheitspolitik, seien ebenfalls nicht einsehbar.

¹⁸ Creuzberger/Veltmeijer: Forschungsarbeit in Moskauer Archiven, in: OE, 1993.

¹⁹ Diese Begrifflichkeit ist genauer zu definieren. In der sowjetischen Politik lassen sich seit 1985 zwei politische Flügel abgrenzen, die sich wiederum in eine Vielzahl unterschiedlicher Strömungen aufzählen. Beide Flügel beanspruchten für sich, prinzipiell Befürworter einer Perestrojka zu sein. Der eine Flügel wird nachfolgend ‚reformorientiert‘ genannt; in Moskau ordnete man ihn ‚links‘ ein. Dieser Flügel wollte eine umfassende Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung auf mehr Freiheit und Pluralismus. Dem ‚konservativen‘ Flügel, ‚rechts‘ eingeordnet, ging es dagegen trotz bekundeter Reformbereitschaft vor allem um die Bewahrung des Bestehenden. Wie ungenügend eine derartige Kategorisierung jedoch ist, zeigt sich etwa daran, daß danach sowohl Gorbatschow als auch Jelzin dem reformorientierten Flügel zuzuordnen wären. In Moskau hob man deshalb Jelzin und seine Gruppe dadurch ab, daß man sie – zumeist pejorativ – ‚Radikaldemokraten‘ nannte. Hier wird von den ‚progressiven‘ oder ‚liberalen‘ Kräften um Jelzin gesprochen. Auf dem konservativen Flügel wird nachfolgend zwischen ‚dogmatischen Konservativen‘ oder ‚Orthodoxen‘ wie Jegor Ligatschow und ‚moderaten Konservativen‘ wie Julij Kwizjinskij unterschieden.

²⁰ Das Buch stützt sich maßgeblich auf die ‚Ostinformationen‘ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Diese 1989/90 täglich herausgegebene Broschüre enthielt eine umfangreiche Auswahl der wichtigsten Beiträge von Presse, Funk und Fernsehen der Sowjetunion, inklusive der Beiträge sowjetischer Führungsmitglieder in Pressekonferenzen, Interviews, Reden oder Namensartikeln. Hinzu kamen die Meldungen der Nachrichtenagenturen. Der Autor hat diese Quellen durch eine umfassende Auswertung vor allem der

schluß des deutschen Einigungsprozesses zugänglich wurden und die sowjetische Rolle weiter erhellen. Dazu zählen

- (1) die inzwischen publizierten Dokumente des Einigungsprozesses,
- (2) die autobiographische Literatur von Zeitzeugen und
- (3) Zeitzeugengespräche.

1. Dokumente des Einigungsprozesses

Trotz der Geheimhaltung der Akten des deutschen Einigungsprozesses von sowjetischer und deutscher Seite sind inzwischen zahlreiche wichtige Dokumente zur sowjetischen Deutschlandpolitik 1989/90 zugänglich. Hierzu zählen vor allem die Akten des Zentralen Parteiarchivs (ZPA) der SED in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR in Berlin. Das Archiv ist seit 1992 dem Bundesarchiv in Koblenz unterstellt. Dort sind inzwischen alle Dokumente vor allem des Politbüros und Zentralkomitees der SED sowie der Büros wichtiger SED-Spitzenpolitiker bis Anfang Dezember 1989 einsehbar. Darunter fallen auch alle Dokumente bis in die Zeit des Mauerfalls, die zwischen SED und KPdSU ausgetauscht wurden oder die in der SED über Treffen mit sowjetischen Politikern angefertigt wurden. Wesentliche Dokumente, die das Verhältnis von Gorbatschow zur DDR seit 1985 und das Verhalten der SED-Führung in der Zeit der Wende beleuchten, haben *Daniel Küchenmeister* und *Gerd-Rüdiger Stephan* in zwei Dokumentarbänden publiziert.²¹

Allerdings sind vor allem die Gesprächsprotokolle von SED und KPdSU mit großer Sorgfalt zu interpretieren. Kotschemassow weist zu Recht darauf hin, daß gerade in der Endphase der Beziehung beider Parteien die Gespräche „weit von der Wirklichkeit entfernt waren“. Beide Seiten betrieben ein „doppeltes Spiel“: Ergebnissadressen im Gespräch miteinander, aber tiefes Mißtrauen im Gespräch übereinander.²² Dies mindert die Aussagekraft der Quellen zumindest bis zur Absetzung Honeckers.

Auf diversen Wegen gelangten inzwischen weitere, für diese Untersuchung wichtige Dokumente an die Öffentlichkeit. So publizierte die Sowjetunion selbst beispielsweise bereits 1990 Schewardnadses Rede zur Eröffnung der 2+4-Ministertreffen am 5. Mai 1990 in Bonn, obwohl zuvor Vertraulichkeit vereinbart worden war. Die anderen Außenminister folgten dem Beispiel.²³

deutschen, zum Teil auch der amerikanischen Medienberichterstattung zur deutschen Frage 1989/90 ergänzt. Er konnte sich dabei auf Material stützen, das er als Mitarbeiter des Kanzleramtes 1990 gesammelt hat. Bei der Interpretation dieser Quellen sind allerdings einige Regeln zu beachten. Gerhard Wettig hat eine Handreichung publiziert, die sich vor allem mit dem Problem der Offizialität der sowjetischen Quellen, mit den vielschichtigen Publikationsstrukturen und mit der Werbefunktion sowjetischer Äußerungen und Leitbegriffe in der Zeit Gorbatschows auseinandersetzt. Die „Mehrschichtigkeit der sowjetischen Außenpolitik“, die er konstatiert, eröffnet sowohl neue Möglichkeiten für die westliche Forschung als auch Gefahren bei undifferenzierter Analyse; vgl. Wettig: Quellenbewertungsprobleme, in: OE, 1989.

²¹ Vgl. Küchenmeister (Hg.): Honecker-Gorbatschow. Vieraugengespräche, 1993; sowie Stephan (Hg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“, 1994.

²² Kotschemassow, S. 129.

²³ Die Reden sind abgedruckt im Europa-Archiv, Jg. 45, F. 19, S. D 493-502.

Tschernjajew veröffentlichte 1994 wesentliche Auszüge aus dem Gespräch von Gorbatschow mit Genscher in Moskau im Dezember 1989, wo Gorbatschow auf den 10-Punkte-Plan reagierte.²⁴ Kwizinskij fügte seinem Buch den sowjetischen 2+4-Vertragsentwurf vom Juni 1990 bei, zudem seine Rede vor dem Obersten Sowjet aus Anlaß der Ratifikation des 2+4-Vertrages.²⁵ Gorbatschow persönlich hat das Protokoll seines entscheidenden Gesprächs mit dem Bundeskanzler vom 15. Juli 1990 veröffentlicht.²⁶

Die zusätzlichen Erkenntnisse, die sich nach der Öffnung der deutschen und der sowjetischen Archive gewinnen lassen, könnten aus mehreren Gründen geringer als erhofft sein. Mehrere deutsche Zeitzeugen – vor allem am 2+4-Prozeß beteiligte Mitarbeiter des Bonner Auswärtigen Amtes²⁷ – haben dem Autor versichert, daß die Bundesregierung im deutschen Einigungsprozeß wiederholt auf die Mittel traditioneller Diplomatie verzichtet hat. Statt dessen hätten Telefonate und vertrauliche, informelle Vieraugengespräche ohne gleichzeitige oder anschließende Aufzeichnungen die Bonner Deutschlandpolitik bestimmt. Dies entspricht einem schon längerfristigen Trend in der modernen Diplomatie. Begründet wird diese Vermeidung von Schriftlichkeit zum einen mit dem enormen Tempo des Einigungsprozesses, der oftmals keine Zeit für langwierigen Schriftverkehr ließ, zum zweiten mit der Gefahr von „leaks“, also ungewollten Medienveröffentlichungen interner Gespräche, die man gerade im 2+4-Prozeß auszuschließen suchte. Folge dieses Vorgehens könnte sein, daß nach Aufhebung der 30jährigen Sperrfrist wichtige Vorgänge nicht mehr rekonstruierbar sind, die heute zumindest noch im Gedächtnis der Zeitzeugen haften.

Nach dem Eindruck des Verfassers dürften diese Beobachtungen auch für die sowjetische Entscheidungsfindung 1989/90 zutreffen, da Gorbatschow zunehmend bestrebt war, die viel zu schwerfälligen und zugleich ihn politisch hemmenden Entscheidungsstrukturen in Moskau durch pragmatische, rasche Entscheidungsfindung in informellen Zirkeln zu umgehen. Formal zuständige Institutionen wie das Politbüro oder der Präsidialrat wurden vielfach übergangen. Oftmals scheint auch angesichts der chaotischen Umstände im zerfallenden Sowjetregime einfach die Zeit oder die Gewissenhaftigkeit für Gesprächsaufzeichnungen gefehlt zu haben.

2. Autobiographische Literatur

Seit 1990 sind zahlreiche Memoiren oder anderweitige Darstellungen von wesentlichen Beteiligten am deutschen Einigungsprozeß erschienen, die in ihrer Summe die sowjetische Haltung zur deutschen Einigung verständlicher machen.

a) Von *sowjetischer Seite* haben alle wesentlichen Beteiligten am Einigungsprozeß autobiographische Rückblicke veröffentlicht: *Michail Gorbatschow* hat 1995 seine Memoiren herausgegeben, die auch einzelne Kapitel zur deutschen Frage enthalten.²⁸ Vielfach sind sie zwar sehr kursorisch und beschönigend ver-

²⁴ Vgl. Galkin/Tschernjajew: Pravdu, i tolka pravdu, 1994.

²⁵ Vgl. Kwizinskij, S. 41-46.

²⁶ Vgl. Gorbatschow: Gipfelgespräche, S. 161-177.

²⁷ So vor allem Dieter Kastrop, Leiter der bundesdeutschen 2+4-Delegation, im Gespräch am 19.1.1994.

²⁸ Vgl. Gorbatschow: Erinnerungen, 1995.

faßt, doch enthalten sie zahlreiche Ausschnitte aus wichtigen Gesprächsprotokollen, die bisher nicht zugänglich waren. *Anatolij Tschernjajew*, Gorbatschows wichtigster Ratgeber, schreibt wesentlich differenzierter als Gorbatschow und ergänzt somit dessen Memoiren vorzüglich.²⁹ Er deutet wichtige Stationen des Umdeklarungsprozesses von Gorbatschow und sich selbst in der deutschen Frage an, wobei er ständig kritische Distanz zu seinem Vorgesetzten hält. Dies ist eines der aufschlußreichsten Bücher über die Gorbatschow-Zeit. Auch Gorbatschows Ratgeber für Osteuropa, *Georgij Schachnasarow*, hat in seinen Memoiren ein eigenes Kapitel der DDR-Entwicklung, der ‚herausgebrochenen Perle‘, aus dem sozialistischen System gewidmet. Er schildert vor allem die Zeit bis zum Mauerfall.³⁰

Eduard Schewardnadse legte kurz nach seinem Rücktritt als sowjetischer Außenminister im Dezember 1990 seine politische Philosophie in einem sehr persönlich gehaltenen Buch dar, in dem er auch Aspekte seiner Mitwirkung am 2+4-Prozeß aufzeigt.³¹ Das Buch gibt vor allem Hinweise auf die Schärfe der Opposition in Moskau gegen Schewardnadses Politik. Es wird ergänzt durch die Darstellung von *Julij Kwizinskij*, der als Botschafter in Bonn, später als Vize-Außenminister in Moskau unter Schewardnadse federführend für die 2+4-Verhandlungen zuständig war.³² Vor allem über die Zeit nach dem Kaukasusstreifen von Kohl und Gorbatschow im Juli 1990 sind bei Kwizinskij wichtige Aufschlüsse zu finden. Kwizinskij's erhebliche Kritik an der deutschlandpolitischen Wende Gorbatschows kommt nur vorsichtig zum Vorschein.

Durch die Memoiren von *Valentin Falin* liegt zudem eine Darstellung des wichtigsten Widersachers von Gorbatschows Deutschlandpolitik 1989/90 vor.³³ Bis heute scharen sich die Kritiker Gorbatschows hinter Falin, der in Moskau als die Nummer eins der sowjetischen Deutschlandpolitik galt. Das Buch offenbart vor allem die Argumente der Gegner der deutschlandpolitischen Wende Gorbatschows vom Sommer 1990. Es ist allerdings so polemisch und einseitig geschrieben, daß es nur mit besonderer Vorsicht auszuwerten ist. Aus anderer Warte, doch mit ähnlichem Gesamturteil schreibt *Wjatscheslaw Kotschemassow*, 1983 bis 1990 sowjetischer Botschafter in Ostberlin, über die internen Vorgänge bis zur Abwahl der SED im März 1990.³⁴ Von Interesse ist insbesondere seine Darstellung der zunehmenden Entfremdung von Gorbatschow und Honecker seit 1986 sowie die Involvierung der sowjetischen Botschaft in die Vorgänge der Wendezeit. Den ‚Verlust der DDR‘ hat Kotschemassow bis heute nicht verwunden.

Diese Werke werden durch autobiographische Bücher von sowjetischen Autoren ergänzt, die ohne maßgeblichen Deutschlandbezug sind, aber über das Denken deutschlandpolitisch wichtiger Persönlichkeiten in Moskau 1990 Aufschluß geben: Bücher von *Alexander Jakowlew*, neben Schewardnadse der engste Vertraute Gorbatschows im Politbüro; *Wadim Sagladin*, dem Deutschlandexperten im Kreis der Gorbatschow-Berater; *Jegor Ligatschow*, dem bedeutendsten Geg-

ner Gorbatschows im Politbüro; und von *Georgij Arbatow*, der als Leiter des USA- und Kanada-Institutes Gorbatschow in seiner Amerikapolitik beriet.³⁵

Leider gibt es bisher noch keine systematische, umfassende Darstellung der sowjetischen Wiedervereinigungspolitik von einem wesentlichen sowjetischen Beteiligten am deutschen Einigungsprozeß. In den zuvor genannten Werken tauchen viele deutschlandpolitische Hinweise eher fragmentarisch auf. Erst durch eine komparative Analyse lassen sich wichtige Linien der sowjetischen Deutschlandpolitik 1989/90 erkennen. Die autobiographische Literatur ist sehr subjektiv gefärbt, vielfach beschönigend oder rechtfertigend. Sachliche Unkorrektheiten ließen sich jedoch lediglich bei Falin feststellen.

b) Von *bundesdeutscher Seite* liegen drei Bücher vor, die die Perspektive der zwei Institutionen in Bonn präsentieren, die für die Verhandlung der äußeren Aspekte der deutschen Einigung in erster Linie verantwortlich waren: das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt. Bundeskanzler *Helmut Kohl* hat sechs Jahre nach der Wiedervereinigung zusammen mit zwei Journalisten einen Rückblick über die deutsche Einigung veröffentlicht, der wichtige Aufschlüsse sowohl über einige Vieraugengespräche des Kanzlers als auch über Kohls ganz persönliche Motive, Sichtweisen und Einstellungen im Einigungsprozeß bietet. Gorbatschows Handeln wird auffällig nüchtern und distanziert dargestellt, insbesondere im Vergleich zum amerikanischen Präsidenten George Bush.³⁶ *Horst Teltchik*, Leiter der Außenpolitischen Abteilung des Kanzleramtes und engster außenpolitischer Ratgeber Kohls 1990, zeichnet anhand von Auszügen aus seinem Tagebuch vor allem den 2+4-Prozeß detailliert nach.³⁷ Das Buch – wohl der aufschlußreichste Insiderbericht über die äußeren Aspekte der Einigung – gewährt eine Fülle von Informationen über die Verhandlungen mit Moskau und die Formulierung der bundesdeutschen Deutschlandpolitik. Es wird durch die Memoiren von *Eduard Ackermann* ergänzt, der als Abteilungsleiter und Intimus Kohls dessen Deutschlandpolitik über Jahrzehnte begleitete.³⁸

Während Kohl und Teltchik bestrebt sind, die Führung des Bundeskanzleramtes und die Positionen der CDU/CSU im Einigungsprozeß herauszustellen, hat Außenminister *Hans-Dietrich Genscher*³⁹ jene Aspekte hervorgehoben, die das Gewicht des Auswärtigen Amtes im 2+4-Prozeß hervorheben, vor allem seine Treffen mit Schewardnadse. Leider sind Genschers Memoiren über weite Strecken wenig substantiell, so daß der Gewinn für diese Untersuchung begrenzt bleibt. Die Darstellung von *Frank Elbe*, 1989/90 Büroleiter Genschers und eines der drei Mitglieder der bundesdeutschen 2+4-Delegation, und *Richard Kiessler*, bietet zwar mehr Substanz, referiert jedoch weitgehend öffent-

²⁹ Vgl. Jakowlew: Offener Schluß, 1992; Sagladin: Und jetzt Welt-Innenpolitik, 1990; Ligatschow: Inside Gorbachev's Kremlin, 1993; Arbatow: Das System, 1993. Ligatschows Buch umfaßt lediglich den ersten Teil seiner Memoiren, der sich vor allem mit Gorbatschows Innenpolitik auseinandersetzt. Ein zweiter Band soll sich mit der Außenpolitik beschäftigen und dürfte wesentliche Aufschlüsse über die Diskussionen im Politbüro und im ZK über die deutsche Frage geben.

³⁰ Vgl. Kohl: Ich wollte Deutschlands Einheit, 1996.

³¹ Vgl. Teltchik: 329 Tage, 1991.

³² Vgl. Ackermann: Mit feinem Gehör, 1994.

³³ Vgl. Genscher: Erinnerungen, 1995.

²⁹ Vgl. Tschernjajew: Die letzten Jahre einer Weltmacht, 1993.

³⁰ Vgl. Schachnasarow: S. 135–152.

³¹ Vgl. Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit, 1991.

³² Vgl. Kwizinskij: Vor dem Sturm, 1993.

³³ Vgl. Falin: Politische Erinnerungen, 1993.

³⁴ Vgl. Kotschemassow: Meine letzte Mission, 1994.

lich zugängliche Quellen.⁴⁰ Mit verschiedenen Einzelaspekten beschäftigen sich der damalige Regierungssprecher *Hans Klein*, *Wolfgang Schäuble*, der damalige Innenminister und Architekt des Einigungsvertrages, und *Rudolf Seiters*, der als Kanzleramtschef die Wiedervereinigung maßgeblich mitgestaltete und über seine Erfahrungen Antonius John berichtet hat.⁴¹

c) Hinzu kommen zahlreiche autobiographische Werke von seitens *ehemaliger ostdeutscher Politiker*. Überwiegend behandeln sie die Ereignisse in der DDR vom Rücktritt Honeckers im Oktober 1989 bis zu den Volkskammerwahlen im März 1990. Die Darstellungen der ehemaligen SED-Mitglieder sind allerdings mit besonderer Vorsicht zu lesen, da sie unter großem Rechtfertigungsdruck geschrieben wurden. Dennoch können auch diese Werke einem informierten Leser beachtliche Einblicke in die Kontakte von SED und KPdSU zur Zeit der Wende geben.

Erich Honecker hat sich 1991 in einem Interviewband zu Wort gemeldet, der allerdings weniger Fakten als vernichtende Urteile über Gorbatschows Politik enthält.⁴² Sein Nachfolger *Egon Krenz* versuchte bereits 1990 seine kurze Zeit als SED-Generalsekretär bis Anfang Dezember 1990 rechtfertigend zu schildern, wobei vor allem sein Bericht über den Mauerfall wenig befriedigt.⁴³ Letzteres gilt auch für *Günter Schabowski*, Politbüromitglied und Verkünder des Mauerfalls. Schabowski behandelt die gleiche Zeiperiode, wirkt allerdings selbstkritischer, insbesondere was seine Beschreibungen der letzten Jahre des Honecker-Politbüros anbelangt.⁴⁴ *Hans Modrow* erzählt über seine Zeit als Ministerpräsident der DDR von November 1989 bis März 1990.⁴⁵ Insbesondere die ausführlichen Auszüge aus seinem richtungsweisenden Gespräch mit Gorbatschow Ende Januar 1990 in Moskau sind von Interesse. *Karl-Heinz Arnold*, persönlicher Mitarbeiter Modrows, hat weitere Einblicke in die Modrow-Zeit gegeben, ebenso der ehemalige Vorsitzende der Liberaldemokraten, *Manfred Gerlach*. Beide berichten auch über ihre Kontakte mit sowjetischen Politikern in der Wendezeit.⁴⁶ *Gregor Gysi*, Vorsitzender der SED/PDS seit Dezember 1989, und *Thomas Falkner*, Vorstandsmitglied der Partei, schließlich geben Aufschlüsse über den Niedergang der SED nach dem Mauerfall.⁴⁷ Hinzu kommen Darstellungen von ostdeutschen Politikern, die nach den demokratischen Wahlen im März 1990 die Deutschlandpolitik der DDR prägten: *Lothar de Maizière* in einem Interviewband über seine Zeit als erster frei gewählter Ministerpräsident der DDR, *Rainer Eppelmann* über die Vereinigung der beiden deutschen Armeen sowie *Ulrich Albrecht*, Leiter des Planungsstabes von Außenminister Meckel, über die Haltung der DDR im 2+4-Prozeß.⁴⁸

⁴⁰ Vgl. Elbe/Kiessler: Ein runder Tisch mit scharfen Kanten, 1993.

⁴¹ Vgl. Klein: Es begann im Kaukasus, 1991; Schäuble: Der Vertrag, 1991; John: Rudolf Seiters, 1991.

⁴² Vgl. Andert/Herzberg: Der Sturz, 1991; vgl. auch Honecker: Moabiter Notizen, 1994.

⁴³ Vgl. Krenz: Wenn Mauern fallen, 1990.

⁴⁴ Vgl. Schabowski: Der Absturz, 1990.

⁴⁵ Vgl. Modrow: Aufbruch und Ende, 1991.

⁴⁶ Arnold: Die ersten hundert Tage, 1990; Gerlach: Mitverantwortlich, 1991.

⁴⁷ Vgl. Gysi/Falkner: Sturm auf das große Haus, 1990.

⁴⁸ Vgl. de Maizière: Anwalt der Einheit, 1996; Eppelmann: Fremd im eigenen Haus, 1993; Albrecht: Die Abwicklung der DDR, 1992.

d) Vonseiten der westlichen Alliierten – neben der schon erwähnten Arbeit von Zelikow/Rice – sind vor allem die Memoiren von Außenminister *James Baker*⁴⁹ und eine Veröffentlichung von *Robert Blackwill* von Relevanz, der die Entwicklung der amerikanischen Position im 2+4-Prozeß nachzeichnet.⁵⁰ Blackwill war im Weißen Haus 1989/90 neben Sicherheitsberater Scowcroft der wohl wichtigste Ratgeber Bushs in der deutschen Frage. *Margret Thatcher* geht in ihren Memoiren mehrmals ausführlich auf die deutsche Frage ein, insbesondere auf ihre Verhandlungen mit Mitterrand und Gorbatschow. Sie präsentiert dabei in wünschenswerter Klarheit ihre eigene Kritik an der Wiedervereinigung.⁵¹ Mitterrand dagegen versucht den Vorwurf zu widerlegen, er habe die Wiedervereinigung verzögern, wenn nicht sogar verhindern wollen.⁵²

3. Zeitzeugengespräche

Der Autor hat in der letzten Phase seiner Recherche deutsche und ehemalige sowjetische Politiker befragt, die 1989/90 den Gang der deutschlandpolitischen Ereignisse mitgestaltet haben. In Deutschland waren dies vor allem Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums der Verteidigung sowie des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR. In Rußland konnten wichtige Berater Gorbatschows, Mitarbeiter des damaligen sowjetischen Außenministeriums und der Internationalen Abteilung des ZK sowie Wissenschaftler aus den politiknahen Forschungsinstituten interviewt werden. Nach dem Rücktritt Gorbatschows und dem Zerfall der Sowjetunion zeigten viele russische Gesprächspartner eine erstaunlich große Bereitschaft, offen über die sowjetische Deutschlandpolitik 1989/90 und ihre eigene Haltung zu sprechen.

Der Autor hat die Gespräche überwiegend im Oktober 1993 in Berlin, zu Beginn des Jahres 1994 in Bonn und im März/April 1994 in Moskau durchgeführt. Gespräche in London und Paris kamen hinzu. Der Forschungsaufenthalt in Moskau erfolgte auf Einladung des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften. Die Interviews basierten auf einem jeweils vorher verfaßten, nicht standardisierten Fragenkatalog. Teilweise wurden sie auf Kassette aufgenommen, teilweise wurde eine Mitschrift verfaßt. Anschließend wurden die Gespräche entweder wörtlich oder in Stichpunkten protokolliert.⁵³ Ergänzt werden diese Gespräche durch Recherchen von *Ekkehard Kuhn*, der für eine ZDF-Sendung, die am 3. Oktober 1993 ausgestrahlt wurde, sehr kenntnisreich Interviews mit 16 der wichtigsten Beteiligten am 2+4-Prozeß durchführte. Die Interviews wurden in Buchform veröffentlicht.⁵⁴ Zu den Gesprächspartnern gehörten Gorbatschow, Schewardnadse, Kohl und Genscher.

⁴⁹ Vgl. Baker: Drei Jahre, die die Welt veränderten, 1996.

⁵⁰ Vgl. Blackwill: Deutsche Vereinigung, in: Außenpolitik, 1994.

⁵¹ Vgl. Thatcher: The Downing Street Years, 1993.

⁵² Vgl. Mitterrand: Über Deutschland, 1996.

⁵³ Eine Liste der Zeitzeugengespräche findet sich im Anhang des Buches. Einige Gesprächspartner wünschten, nicht namentlich als Quelle genannt zu werden.

⁵⁴ Vgl. Kuhn: Gorbatschow und die deutsche Einheit, 1993.

Was die Verwertbarkeit der Zeitzeugeninterviews und auch der Memoirenliteratur für wissenschaftliche Zwecke anbelangt, so ist zu berücksichtigen, daß beide Quellenarten in besonderem Maße subjektiv sind, das heißt, der persönlichen Sicht der Zeitzeugen entspringen. Zumeist stellen sie – was dem natürlichen Erlebnishorizont des Zeitzeugen entspricht – nur einen Ausschnitt des Geschehens dar, eben den persönlich erlebten, der noch durch begrenztes Erinnerungsvermögen reduziert wird. Diese Einseitigkeit wird durch den Drang des Zeitzeugen verstärkt, sein eigenes Handeln möglichst positiv darzustellen, das des politischen Gegners dagegen negativ. Dies führt zu einseitig gefärbter Darstellung und auch zur Ausblendung unliebsamer Fakten. Dennoch sind diese Gespräche und Dokumente unverzichtbar. Sie geben Informationen, die vielfach anders gar nicht zusammengetragen werden können oder sogar nirgends schriftlich existieren. Sie offenbaren das außerordentlich bedeutsame persönliche Moment in der Politik der Wiedervereinigung. Sie reflektieren die Vielschichtigkeit und Komplexität des Einigungsprozesses durch das Erleben der handelnden Personen. Durch eine komparative Analyse der Quellen lassen sich die Nachteile dieser Quellenarten ausgleichen.

4. Leitfragen

Diese Untersuchung soll ein umfassendes Bild von der sowjetischen Deutschlandpolitik 1989/90 zeichnen, das die innerstaatlichen und internationalen Rahmenbedingungen dieser Politik, ihre Motivation und Ziele sowie ihre handelnden Akteure berücksichtigt. Vier Leitfragen stehen im Mittelpunkt:

1. Wie hat sich die sowjetische Haltung zur deutschen Frage in der Zeit der Wiedervereinigung 1989/90 entwickelt?
2. Welche Entscheidungsstrukturen und -träger waren bedeutsam?
3. Warum hat die Sowjetunion den Deutschen die Wiedervereinigung zu Bedingungen zugebilligt, die sie 40 Jahre lang strikt abgelehnt hat: als demokratischer, in die westliche Staatengemeinschaft politisch, wirtschaftlich und militärisch integrierter, voll souveräner Staat?
4. Worin liegt das persönliche Verdienst von Gorbatschow und Schewardnadse?

Die deutschlandpolitische Wende Gorbatschows ist nur zu verstehen, wenn man die internationalen Rahmenbedingungen und Verhandlungen um die deutsche Einheit betrachtet, dieses jedoch mit einer Analyse der innenpolitischen Kräftekonstellation und politischen Entwicklung in der Sowjetunion selbst und auch in Deutschland verbindet. Dies wurde in der bisherigen Forschung wenig beachtet und soll besonders berücksichtigt werden.

1. Die innenpolitische Analyseebene

Die Untersuchung wird in jeder Phase der deutschlandpolitischen Entscheidungsfindung in Moskau jene innenpolitischen Faktoren herausarbeiten, die Gorbatschows Vorgehen in der deutschen Frage beeinflusst haben. Als entscheidungsrelevant erwiesen sich vor allem innenpolitische Entwicklungen in der

Sowjetunion, der DDR und der Bundesrepublik. Was die *sowjetische Innenpolitik* anbelangt, so finden vor allem folgende Faktoren Beachtung:

- der Handlungsspielraum Gorbatschows angesichts der rapide wachsenden Partei- und Staatskrise in der bereits 1989/90 zerfallenden Sowjetunion,
- die politischen Prioritäten Gorbatschows in den verschiedenen Stadien seiner Deutschlandpolitik,
- die deutschlandpolitisch relevanten Entscheidungsgremien und -träger in Moskau,
- der Widerstand von Bürokratie und Medien gegen die Deutschlandpolitik Gorbatschows und Schewardnadse.

Auch die *Entwicklungen in der DDR* haben maßgeblich die sowjetische Deutschlandpolitik geprägt. Dies gilt vor allem für den kritischen Zeitraum vom Sturz Honeckers im Oktober 1989 bis zu Modrows Deutschlandplan im Februar 1990. In diesen fünf Monaten entschied sich das Schicksal der DDR. Danach ging es aus sowjetischer Sicht nur noch um das Tempo und die Modalitäten der Wiedervereinigung, wobei die Volkskammerwahlen im März, die Wirtschafts- und Währungsunion im Juli und der Beitritt bereits im Oktober 1990 die Sowjetunion immer aufs neue vor unliebsame Tatsachen stellte. Diese innenpolitischen Entwicklungen in der DDR spielten für die Meinungsbildung Gorbatschows deshalb eine so große Rolle, weil er letztlich nicht bereit war, sich dem Willen der DDR-Bürger entgegenzustellen. Das Volk der DDR selbst gab der sowjetischen Diplomatie den Rahmen vor, innerhalb dessen sie sich 1990 entfalten konnte. Folgende Aspekte der DDR-Entwicklung werden berücksichtigt:

- der Wandel der öffentlichen Meinung in bezug auf die SED-Herrschaft und die Wiedervereinigung,
- die Deutschlandpolitik von Krenz über Modrow bis zu de Maizière,
- gesellschaftspolitische und wirtschaftlich-soziale Veränderungen in der DDR, die zur Erosion der SED-Herrschaft und letztlich zum raschen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik führten.

Schließlich spielte auch die *bundesdeutsche Innenpolitik* für Gorbatschows Entscheidungsfindung eine Rolle. Die Politik der Regierung Kohl konnte zwar zumeist auch nur auf die innenpolitischen Entwicklungen in der DDR reagieren, doch gab Kohl in zentralen Momenten des Einigungsprozesses die Richtung vor. Für die sowjetische Politik waren folgende Aspekte von Relevanz:

- die Reaktion der bundesdeutschen Politik und Öffentlichkeit auf Flucht und Mauerfall,
- die wachsende Bereitschaft der Bundesregierung, die DDR-Entwicklung durch eine offensive und rasche Wiedervereinigungspolitik in die gewünschten Bahnen zu lenken,
- unterschiedliche Einschätzungen innerhalb der Bundesregierung, wie weit man Gorbatschow im 2+4-Prozess entgegenkommen sollte.

2. Die außenpolitische Analyseebene

Die sowjetische Deutschlandpolitik 1989/90 war eingebettet in komplexe internationale Rahmenbedingungen, die Gorbatschows Entscheidungsfindung maßgeblich beeinflussten. Die sowjetische Führung orientierte sich an sechs Bezugsrahmen, die sich überschneiden und wechselseitig beeinflussen:

- die Dreiecksbeziehung Moskau-Ostberlin-Bonn,
- die Konstellation der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs,
- die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen,
- die deutsch-amerikanischen Beziehungen,
- der Umbruch in Ostmitteleuropa,
- die Politik der westlichen Allianz.

1. Den engsten und wichtigsten Bezugsrahmen bildete die *Dreiecksbeziehung Moskau – Ostberlin – Bonn*. Die sowjetische Deutschlandpolitik richtete sich 1989/90 am Verhalten der DDR-Regierung und der Bundesregierung aus. Beide gaben deutschlandpolitisch das Tempo vor, dem die Sowjetunion folgte. Von besonderer Bedeutung sind die sich wandelnde Bedeutung der DDR und der Bundesrepublik im Verlauf des Einigungsprozesses, die Interessen und Motive der sowjetischen Politik gegenüber den beiden deutschen Staaten und die bilateralen Treffen von Gorbatschow und Schewardnadse mit deutschen Spitzenpolitikern, die dem Einigungsprozeß maßgebliche Impulse verliehen. Im Untersuchungszeitraum traf sich Gorbatschow allein zweimal mit Honecker, zweimal mit Krenz, dreimal mit Modrow, einmal mit de Maizière und dreimal mit Kohl. Schließlich hat auch das persönliche Verhältnis von Gorbatschow zu Kohl, Honecker, Krenz und Modrow sowie die Beziehung von Schewardnadse zu Genscher und Fischer den Gang der Ereignisse erheblich beeinflusst.

2. Den nächstgrößeren Bezugsrahmen bildet die *Konstellation der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs*: Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten. Diese Staaten konnten aufgrund ihrer Verantwortung für Deutschland als Ganzes ein herausgehobenes Mitentscheidungsrecht in der deutschen Frage beanspruchen. Die Sowjetunion mußte sich mit diesen Staaten koordinieren, da eine Lösung der deutschen Frage nur im Konsens der Siegermächte zu erreichen war. Dies galt vor allem für die Zeit der 2+4-Verhandlungen. Für Gorbatschow war relevant, wie sich die drei Westmächte zu den Veränderungen in der DDR stellten und wie weit ein gemeinsames Vorgehen mit einer oder mehreren der anderen Siegermächte möglich war.

3. Den dritten Bezugsrahmen bilden die bilateralen *Beziehungen zwischen Moskau und Washington*. Die deutsch-deutschen Beziehungen konnten, dies war seit Jahren eine Grundregel der Deutschlandpolitik, nur so gut sein wie die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Seit dem Tauwetter zwischen Reagan und Gorbatschow waren die Vorzeichen für eine deutsch-deutsche Annäherung günstig. Die enge Kooperation von Bush und Gorbatschow überwölbte und stabilisierte 1989/90 den gesamten Prozeß der deutschen Einigung. Gorbatschow gestaltete seine Deutschlandpolitik mit ständiger Blickrichtung nach Washington, denn eine Zerrüttung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses wegen

der deutschen Frage hätte gravierende Folgen auf allen Feldern der internationalen Politik gehabt. Bush und Gorbatschow verhandelten keineswegs nur über die deutsche Frage, sondern auch über andere Themen wie Regionalkonflikte, Abrüstung und Wirtschaftsfragen.

4. Die *deutsch-amerikanischen Beziehungen* bildeten das Rückgrat der deutschen Wiedervereinigungspolitik. Solange Kohl und Bush den engen Schulterschuß wahrten, waren Gorbatschows Möglichkeiten begrenzt. Einfluß konnte er dagegen gewinnen, wenn es ihm gelang, einen Keil zwischen Washington und Bonn zu schlagen. Daß dies im gesamten Einigungsprozeß nicht gelang, war Ausdruck der hohen Staatskunst an Rhein und Potomac und eine der Grundvoraussetzungen für das Gelingen der deutschen Einigung.

5. Die Entwicklung in der DDR fand im Kontext des allgemeinen *Umbruchs in Ostmitteleuropa* statt, der 1989 zur Ablösung der spätstalinistischen Regimes in Polen, der CSFR, der DDR, Bulgarien und Rumänien führte. Flucht und Mauerfall waren sowohl durch die Entwicklungen in den Nachbarländern inspiriert als auch selbst Auslöser der Veränderungen bei den Nachbarn. Dabei warf diese Entwicklung zugleich die Frage nach der Zukunft des Warschauer Vertrages und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) auf. Innerhalb weniger Monate orientierten sich die Verbündeten Moskaus politisch und wirtschaftlich auf den Westen hin. Für Gorbatschow stellte sich die Frage, ob die DDR in einem zunehmend zerbröckelnden östlichen Bündnisssystem überhaupt noch eine Zukunft haben konnte. Auch wurde immer fraglicher, wie weit die sowjetischen Verbündeten den deutschlandpolitischen Kurs Moskaus weiterhin stützen würden.

6. Schließlich ist als letzter Bezugsrahmen die *Politik der westlichen Allianz* einzubeziehen. Für die Sowjetunion war es von außerordentlicher Bedeutung, wie die NATO auf die Entwicklung in Deutschland und in Ostmitteleuropa insgesamt reagieren würde. Die NATO konnte in der Pose des Siegers maximalen Gewinn aus der Auflösung des östlichen Bündnisystems ziehen. Sie konnte aber auch den sowjetischen Sicherheitsinteressen entgegenkommen und damit die deutsche Frage aus Moskauer Sicht entschärfen. Immerhin stand von Anfang an die Frage im Raum, ob eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft mit den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion in irgendeiner Weise zu vereinbaren sein würde. Für Gorbatschow war unter dieser Prämisse vor allem der Wandel von Struktur und Strategie der NATO seit dem Sommer 1990 von Bedeutung, in dessen Folge auch das Verhältnis der Bündnisse untereinander neu definiert wurde.

5. Periodisierung und Gliederung

Die Untersuchung ist historisch-genetisch aufgebaut, um die Entwicklung der sowjetischen Position in ihren verschiedenen Stadien nachzeichnen zu können. Allerdings wird diese Vorgehensweise dort unterbrochen, wo einzelne Sachfragen überblicksartig analysiert werden. Der Untersuchungszeitraum wird in *vier Zeitabschnitte* unterteilt. Dabei werden jeweils zu Anfang die Rahmenbedingungen innenpolitischer und internationaler Art vergegenwärtigt, die für die sowjetische Meinungsbildung von Relevanz waren; danach wird die Entwick-

lung der sowjetischen Deutschlandpolitik in dieser Zeit analysiert. Die vier Zeitabschnitte sind folgende:

1. *Vom Amtsantritt Gorbatschows bis zum Beginn der Flucht im Sommer 1989*
Zunächst wird analysiert, wie sehr sich die Rahmenbedingungen für die Lösung der deutschen Frage aus Moskauer Sicht schon vor Beginn des deutschen Einigungsprozesses änderten. Höhe- und Schlußpunkt dieser Phase war der Besuch Gorbatschows in Bonn im Juni 1989. An diesem Besuch läßt sich der Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen vor Beginn der Flucht exemplarisch verdeutlichen.
2. *Vom Beginn der Flucht bis zum Mauerfall am 9. November 1989*
In diesem Zeitabschnitt der sowjetischen Deutschlandpolitik, in dem der deutsche Einigungsprozeß begann, richtete sich das Hauptaugenmerk der sowjetischen Politik auf die Übersiedlerwelle und die Reformen der SED. Die Politik aller beteiligten Staaten agierte noch auf der Basis des territorialen Status quo. Ziel waren Reformen innerhalb des politischen Systems der DDR.
3. *Vom Mauerfall bis zum Kanzlerbesuch in Moskau im Februar 1990*
In dieser Zeit ging es für die SED und dann die DDR insgesamt ums Überleben. Entweder würde die Perestrojka in der DDR nach dem Vorbild der Sowjetunion gelingen – oder der Ruf der Leipziger Demonstranten nach ‚Deutschland – einig Vaterland‘ würde triumphieren. Gorbatschow willigte am Ende dieser Phase prinzipiell in den Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung ein.
4. *Von der Ottawa-Konferenz im Februar 1990 bis zur Ratifikation des 2+4-Vertrages im März/April 1991*
Dieser Zeitabschnitt umfaßt den 2+4-Prozeß, als die beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten über die außenpolitische Einbettung der deutschen Einheit verhandelten. Er begann mit der Vereinbarung des Verhandlungsmandats in Ottawa und endete mit der Ratifizierung des 2+4-Vertrages und der vier flankierenden deutsch-sowjetischen Verträge im Obersten Sowjet. Dieser Zeitabschnitt der sowjetischen Deutschlandpolitik, der die Hälfte der Untersuchung umfaßt, wird wiederum in fünf Phasen unterteilt:
 1. von der Ottawa-Konferenz bis zur ersten 2+4-Außenministertagung am 5. Mai 1990,
 2. von der ersten 2+4-Ministertagung bis zum Gorbatschow-Besuch in Washington Ende Mai/Anfang Juni 1990,
 3. vom Washington-Besuch bis zum Kohl-Besuch in Moskau und im Kaukasus am 15./16. Juli 1990,
 4. vom Kaukasustreffen bis zur Unterzeichnung des 2+4-Vertrages und der deutsch-sowjetischen Verträge im Herbst 1990,
 5. von der Unterzeichnung bis zur Ratifizierung der Verträge im Obersten Sowjet im März/April 1991.

II. Die deutschlandpolitischen Entscheidungsstrukturen in Moskau

Um die Jahreswende 1988/89 begann eine neue Phase der sowjetischen Perestrojka, die inzwischen ins fünfte Jahr ging. Ein „Wendepunkt“¹ in der Reformpolitik Gorbatschows stand bevor. Der Generalsekretär der KPdSU begann eine umfassende Verfassungsreform, welche die Gesellschaft ebenso tief umwälzen sollte wie die schon weit fortgeschrittene Politik von Glasnost.

Die anstehende Reform stand unter einer Devise, die Gorbatschows Leitgedanke für die kommenden Jahre des Umbaus der sowjetischen Verfassungsstruktur und -wirklichkeit werden sollte: die Herausdrängung der allmächtigen KPdSU aus ihren Staatsfunktionen und der Aufbau einer eigenständigen, von der Partei unabhängigen Staatsstruktur. Gorbatschow sah, daß nur durch eine klare Trennung der Funktionen von Partei und Staat sein Reformprojekt gelingen konnte. Der Gorbatschow-Vertraute Wadim Medwedjew erklärte im Frühjahr 1989, die KPdSU solle sich künftig auf die „Ausarbeitung der Schlüsselfragen der Politik, der organisatorischen und ideologischen Arbeit“ beschränken. Die „gesamte Fülle der Staatsgewalt“ werde hinfort beim Volkskongreß und dem von diesem zu wählenden Obersten Sowjet liegen.² Dies war eine Kampfansage an die Parteikader.

Die Reform begann mit einer Novellierung der sowjetischen Verfassung im Dezember 1988 und der Verabschiedung eines Wahlgesetzes für die ersten halbwegs freien Wahlen zum Volkskongreß im Frühjahr 1989.³ Bei diesen Wahlen – zwei Drittel der 2 250 Deputierten wurden frei gewählt – mußte die konservative Nomenklatura der Partei empfindliche Niederlagen hinnehmen. Boris Jelzin etwa, der abgesetzte Moskauer Parteichef, gewann sensationell ein Deputiertenmandat in der Landeshauptstadt. Andrej Sacharow, Gawriil Popow, Anatolij Sobtschak, Oleg Bogomolow – viele der später profilierten Oppositionellen gewannen Möglichkeiten der legalen politischen Betätigung.

Auf dem Volkskongreß im Mai und Juni 1989 kam es vor Millionen von Fernsehzuschauern erstmals zu offenen Auseinandersetzungen zwischen dem demokratischen und dem konservativen Flügel der Partei.⁴ Die baltischen Staaten forderten eine Veröffentlichung der Geheimprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt und erreichten die Einsetzung einer Untersuchungskommission, die später erstmals die Existenz dieser Protokolle zugab. Die Afghanistan-Intervention wurde scharf angegriffen. Die Forderung nach einer Rehabilitierung Solscheny-zins führte zur Veröffentlichung seines ‚Archipel Gulag‘ in der Literaturzeitschrift ‚Nowy Mir‘.

¹ Vgl. Meissner: Revolution auf Raten, in: Rissener Jahrbuch 1989/90, S. 436-440.

² TASS am 23.6.1989.

³ Vgl. zum Folgenden Meissner: Gorbatschows Umbau (IV und V).

⁴ Vgl. OI vom 26.5. bis 12.6.1989.